

## Kurz berichtet

## Frau und Sohn sterben bei Unfallserie auf der Bundesstraße 27 bei Mössingen



Die Unfallstelle bei Mössingen auf der B 27. FOTO: DPA

STUTTGART (dpa) - Bei einer Verkettung schwerer Verkehrsunfälle sind eine Mutter und ihr zehnjähriger Sohn getötet sowie zehn Menschen verletzt worden, darunter mehrere Kleinkinder.

Die 42-jährige Frau hatte am Montagabend ein Stauende auf der Bundesstraße 27 in Mössingen (Landkreis Tübingen) übersehen und war nach Polizeiangaben mit ihrem Wagen in das vor ihr stehende Auto eines 40-Jährigen gefahren. Dessen Wagen wiederum prallte

gegen das Auto einer vierköpfigen Familie. Das Fahrzeug der Unfallverursacherin geriet auf die Gegenfahrbahn, dort rammte es ein entgegenkommender Wagen. Er ging in Flammen auf.

Die 42-jährige Fahrerin des ersten Wagens starb noch an der Unfallstelle, ihr Sohn später im Krankenhaus. Die vier anderen Kinder - zweijährige Zwillinge sowie deren sechs und sieben Jahre alte Geschwister - mussten schwer verletzt in eine Klinik gebracht werden. Auch der 40-Jährige, auf dessen Wagen die Mutter aufprallte, erlitt schwere Verletzungen.

Ebenso erging es zwei ein und sechs Jahre alten Kindern, im dritten Unfallfahrzeug, ihre Eltern kamen mit leichteren Blessuren davon. Andere Fahrer retteten einen 56-Jährigen aus dessen brennendem Fahrzeug, auch er wurde schwer verletzt.

Die Feuerwehr rückte mit mehreren Fahrzeugen und zwei Dutzend Einsatzkräften an. Ein Sachverständiger soll den Unfallhergang klären. Die B 27 war für mehr als fünf Stunden gesperrt.

## Antisemitismus-Vorwurf gegen Hof im Schwarzwald

STUTTGART (lsw) - Weil ein Ferienhof im Schwarzwald eine Gästegruppe aus Israel abgelehnt hat, ist es im Internet zu heftigen Debatten gekommen. Bei Facebook und Twitter wurde dem Haus offener Antisemitismus vorgeworfen. „We Don't want have Guests from Israel“ („Wir möchten keine Gäste aus Israel“), schrieb der Mattenhof auf eine Anfrage mehrerer Familien. Dieser Satz hätte so nicht fallen dürfen, betonte der Anwalt der Eigentümer des Hofes. „Er war niemals so gemeint.“ Unter anderem hätten Sprachprobleme zu dem missverständlichen Satz geführt. Die vier abgewiesenen Familien würden 2017 für eine Woche eingeladen. Im vergangenen Sommer hätten 60 bis 80 Gäste aus Israel auf dem Hof Urlaub gemacht. Das zeige, dass die Familie nicht antisemitisch sei.

## Mann bedroht Kinder mit Waffen-Attrappe

STUTTGART (lsw) - Ein 27-jähriger aus Eschach (Ostalbkreis) hat Kinder, die ihn am Halloween-Abend an der Haustür um Süßigkeiten baten, mit einer Schreckschusswaffe bedroht. Wie die Polizei mitteilte, hatte der Mann die vier Kinder zwischen zwölf und 13 Jahren erst abgewiesen. Als diese sich umgedreht hatten, holte der Mann die Waffe hervor und gab einen Schuss ab. Dabei drohte er ihnen: Er habe für sie keine Süßigkeiten, sondern den Tod. Die Kinder riefen die Polizei, die den Mann festnahm.

## Betrunkene bewirbt sich bei der Polizei um Job

ULM (lsw) - Zu einem Vorstellungsgespräch ungewöhnlicher Art ist eine 25-Jährige in der Nacht zum Dienstag bei der Polizei in Göppingen aufgetaucht: Gegen 3.30 Uhr fuhr die Frau mit ihrem Auto an der Wache vor und sagte einem Beamten, dass sie sich bei der Polizei bewerben möchte. Ein Atemalkoholtest ergab einen Wert von mehr als zwei Promille, die Dame musste sofort ihren Führerschein abgeben.

## Feinstaub-Grenzwerte in Stuttgart zu oft verletzt

STUTTGART (lsw) - In Stuttgart sind die Feinstaubwerte auch in diesem Jahr zu häufig überschritten worden. Am vergangenen Freitag lag der Wert mit 58 Mikrogramm pro Kubikmeter Luft zum 36. Mal über der Grenze von 50 Mikrogramm, sagte ein Stadtsprecher am Montag. Erlaubt sind maximal 35 Tage, an denen der Grenzwert überschritten werden darf. Im Jahr 2015 war diese Grenze an 49 Tagen gerissen worden. Ab 2018 muss der Verkehr bei Feinstaubalarm deutlich reduziert werden.

## Pforzheimer knackt Lotto-Jackpot

STUTTGART (lsw) - Ein Lottopspieler aus Pforzheim hat in der Samstagziehung 8,7 Millionen Euro gewonnen. Der noch unbekannte Gewinner habe als einziger die sechs Gewinnzahlen sowie die passende Superzahl getippt, teilte Lotto Baden-Württemberg am Montag mit. Der Jackpot ist der vierte Millionengewinn im Lotto für einen Baden-Württemberger im Oktober und der fünfzehnte 2016. Ein Sprecher von Lotto Baden-Württemberg sagte, im Schnitt gebe es jedes Jahr etwa 15 bis 20 Millionengewinne in Baden-Württemberg. Die Höhe der Gewinnsumme in diesem Jahr sei jedoch „einzigartig“.

## Ruhiges Halloween im Südwesten

STUTTGART (lsw) - Die Halloween-Nacht ist im Südwesten überwiegend ruhig verlaufen. Auch Zwischenfälle mit „Horror-Clowns“ hielten sich im Rahmen. In Bad Buchau (Kreis Biberach) nahm die Polizei einem 13-jährigen „eine täuschend echt aussehende Waffe und eine Gruselclown-Maske“ ab, mit der der Junge Passanten erschrecken wollte. Die Tuttlinger Polizei wurde ein Dutzend mal wegen Clown-Sichtungen gerufen, auch in Freiburg und Stuttgart erhielt die Polizei solche Anrufe. „In vielen Fällen wurden Passanten erschreckt“, hieß es von der Polizei. Zu Straftaten kam es jedoch nicht.



Toller Job, schlechte Arbeitsbedingungen: Viele Hebammen klagen über geringe Bezahlung und hohe Arbeitsbelastungen. Besonders Freiberuflerinnen ziehen sich deshalb zurück. FOTO: DPA

## Nachgefragt

## „Eine Geburt hat in der Klinik nichts zu suchen“

RAVENSBURG - 98 Prozent der Geburten finden in Kliniken statt. Aus Sicht der ersten Vorsitzenden des Baden-württembergischen Hebammenverbandes Jutta Eichenauer (Foto: privat) wäre das gar nicht nötig. Sarah Schababerle hat mit der Verbandschefin über den Hebammenmangel und seine Folgen gesprochen.



## Werden Schwangere in Baden-Württemberg noch richtig versorgt?

Die Situation ist dramatisch. Schwangere werden weggeschickt, weil die Kreißsäle voll sind. Immer mehr kleine Geburtshäuser und Entbindungskliniken müssen schließen, weil sie nicht mehr wirtschaftlich sind oder weil Hebammen in ausreichender Zahl nicht vorhanden sind. Gleichzeitig wird die Zentralisierung der Kliniken vorangetrieben.

## Was hat das zur Folge?

Es gibt keine flächendeckende Versorgung mehr. Frauen müssen weite Wege in große Zentren überwinden. Diese müssen plötzlich deutlich mehr Geburten bewältigen. Ein natürlicher Vorgang wie eine Geburt, die fünf Stunden, aber auch mal 20 Stunden dauern kann, kann betriebswirtschaftlich nicht kalkuliert werden und ist zur Abrechnung über die DRGs (pauschalisiertes Abrechnungsverfahren) denkbar ungeeignet. Um betriebswirtschaftlich abrechnen zu können, läuft man Gefahr, die Geburten künstlich zu problematisieren. Die Folge sind durch die Geburt traumatisierte Frauen und Kinder, die wir Hebammen dann außerhalb der Kliniken wieder auffangen müssen. Wer einmal ein negatives Geburtserlebnis hatte, entscheidet sich beim nächsten Mal für einen Kaiserschnitt oder bekommt kein weiteres Kind.

## Was muss sich ändern?

Eine Geburt hat eigentlich in der Klinik nichts zu suchen. Eine Geburt ist ein gesunder Vorgang, der in den Händen einer Hebamme gut aufgehoben ist. Wenn nur eine Geburt in einer Klinik infrage kommt, sollte den Gebärenden ein entsprechendes Betreuungsmodell ermöglicht werden. In Skandinavien ist das Standard. Dafür muss sich bei uns aber das System ändern. Wir sollten Kindern die Möglichkeit geben, normal auf die Welt zu kommen. Dafür brauchen wir Geburtshäuser und hebammengeführte Kreißsäle mit genug Personal, um eine Eins-zu-Eins-Betreuung gewährleisten zu können. Ohne Geld geht das natürlich nicht.

## Versorgung von Schwangeren ist in Gefahr

## Kein Personal, geschlossene Kreißsäle: Hebammenverband und Sozialministerium schlagen Alarm

Von Sarah Schababerle

KARLSRUHE - Die Geburtenrate steigt wieder. Gleichzeitig bieten immer weniger Hebammen ihren vollen Leistungskatalog an. Deswegen finden Schwangere oft keine Hebamme mehr für die Betreuung vor und nach der Geburt, warnt das baden-württembergische Sozialministerium. Erste Geburtshilfestationen mussten bereits schließen.

Die Geburtsstationen und -häuser in Bühl, Bruchsal und Lörrach sind drei von bundesweit 31 Kreißsälen, die seit dem vergangenen Jahr geschlossen wurden. Und es werden mehr: Laut dem Deutschen Hebammenverband sind bundesweit weitere acht Stationen von der Schließung bedroht, fünf stellen vorübergehend den Betrieb ein.

## Radolfzell vor dem Aus

In Baden-Württemberg steht neben den drei bereits geschlossenen Stationen ein Kreißsaal in Radolfzell vor der Schließung. In Mühlacker war vorübergehend nur noch der Tagesbetrieb gewährleistet.

In Bayern sind die Zahlen noch dramatischer: Vier Geburtshilfestationen wurden ganz geschlossen, zwei vorübergehend und zwei weitere stehen vor dem Aus. In Illertissen beispielsweise hatten im Mai Hebammen die Zusammenarbeit mit der Klinik aufgekündigt. Daraufhin

musste die Geburtshilfe für einen Monat zumachen. Teils haben die Schließungen wirtschaftliche Gründe. Teils sind die Haftpflichtversicherungen für Belegärzte oder Hebammen zu teuer. Und teils gibt es schlicht nicht genug Hebammen, um den Betrieb aufrechtzuerhalten.

Die Folge: Die Geburtshilfe wird zentralisiert. In größeren Abteilungen sei es einfacher, den Personalschlüssel zu halten und Krankheitsfälle auszugleichen, sagt Annette Baumer von der baden-württembergischen Krankenhausgesellschaft. Eine gewisse Anzahl an Geburten sei nötig, um die Qualität einer Station zu sichern.

## Runder Tisch tagt ab Januar

In Illertissen haben vor Kurzem die Einwohner dem Begehren einer Bürgerinitiative zugestimmt, die kleinere Geburtshilfestation in der Illertal-Klinik zu erhalten. Der Neu-Ulmer Kreistag scheiterte gleichzeitig mit seinem Begehren, die Zukunft der Geburtshilfe in einem Gesamtkonzept für alle drei Kliniken des Landkreises zu entscheiden.

Der baden-württembergische Hebammenverband schlägt Alarm: Er sieht das Recht der Frauen auf eine selbstbestimmte Entbindung in Gefahr. Das Sozialministerium plant deshalb ab Januar einen runden Tisch mit Hebammen, Krankenkassen, Ärzten und Krankenhäusern.

## Polizei sucht in mehreren Ländern nach Einbrechern

Dreitägige Kontrollen im Süden Deutschlands - Elf Festnahmen in Baden-Württemberg

Von Tatjana Bojic

STUTTGART (lsw) - Nach einer länderübergreifenden Aktion zur Bekämpfung von Einbrecherbanden hat Baden-Württembergs Innenminister Thomas Strobl (CDU) ein positives Fazit gezogen. „Die Schwerpunktkontrollen der vergangenen Tage waren ein wichtiges Signal“, betonte Strobl am Dienstag in Stuttgart.

In Baden-Württemberg, Bayern, Hessen und Rheinland-Pfalz hatte die Polizei vom 27. bis 29. Oktober rund 10 000 Fahrzeuge und Personen kontrolliert. In Baden-Württemberg überprüften Beamte nach Angaben des Innenministeriums 4389 Personen und 2256 Fahrzeuge. Dabei nahmen die Polizisten elf Menschen fest und zeigten 72 Straftaten und 40 Ordnungswidrigkeiten an. Die Straftaten reichen von Diebstahl über Rauschgiftdelikte bis hin zu Verstößen gegen das Aufenthaltsgesetz.

An der Fahndungsaktion waren in Baden-Württemberg laut Strobl auch neun Beamte aus Bayern, sieben Beamte der Bundespolizei und 15 Kräfte

des Zolls beteiligt. Insgesamt waren bei den Schwerpunktkontrollen im Land 1067 Polizisten im Einsatz.

Auf der Innenministerkonferenz im Juni dieses Jahres hatten Baden-Württemberg und die drei anderen Bundesländer eine Kooperationsvereinbarung zur gezielten Bekämpfung von Einbruchskriminalität geschlossen. Kern ist ein Acht-Punkte-Programm, darunter ein verbesserter Informationsaustausch, eine gemein-

same Fahndung und eine verbesserte Zusammenarbeit bei Ermittlungsvorfällen.

Wie Strobl anmerkte, wird es in Zukunft weitere Großkontrollen geben, um den Fahndungsdruck gegen Einbrecher weiter zu erhöhen. „Wir halten den Druck hoch, wir machen Einbrechern das Leben schwer. Wir zeigen Polizei-Präsenz und setzen auf konsequente strafrechtliche Verfolgung“, erklärte Strobl.



Mehr als 2250 Fahrzeuge hielten Polizisten während der dreitägigen Aktion in Baden-Württemberg an. FOTO: DPA

## Schwäbische Zeitung

Gegründet 1945  
Erscheinungsweise: werktäglich - Erscheinungsorte: Aalen, Biberach, Ehingen, Ellwangen, Friedrichshafen, Lichingen, Laupheim, Leutkirch, Lindau, Markdorf, Meßkirch, Pfäfersdorf, Ravensburg, Riedlingen, Bad Saulgau, Sigmaringen, Spaichingen, Tettnang, Trossingen, Tuttlingen, Ulm, Bad Waldsee, Wangen.

Redaktion  
Chefredakteur: Dr. Hendrik Groth (verantwortlich)  
Stellv. Chefredakteure: Ulrich Mühlle, Christoph Plate  
Mitglied der Chefredaktion: Yannick Dillinger (digital), Andreas Müller, Jochen Schlosser (CVJ-Redaktion);  
Politik: Christoph Plate (stv.: Claudia Kling);  
Wirtschaft: Benjamin Wagener (stv.: Tanja Schuhbauer);  
Gestaltung: Mark Hildebrandt; Seite Drei: Klaus Nachbauer;  
Journal/Kultur: Barbara Müller; Sport: Filippo Cataldo;  
Beilagen/Wochenende: Dirk Uhlenbruch;  
alle 88212 Ravensburg, Karlstraße 16

Redaktion Stuttgart: Kara Ballarin, Katja Korf  
Redaktion Berlin: Sabine Lemartz  
Regionalreporter Allgäu/Bodensee: Uwe Jaub  
Korrespondenten in Washington, Moskau, Paris und Brüssel.  
Druck: Druckhaus Ulm-Oberschwaben GmbH & Co. KG, Weingarten und Ulm

Verlag  
Schwäbischer Verlag GmbH & Co. KG Drexler, Gessler  
Karlstraße 16, 88212 Ravensburg;  
Telefon 0751 / 2955-0; Telefax 0751 / 2955-991499  
Anzeigen Telefax 0751 / 2955-991139  
Geschäftsführer: Dr. Kurt Sabathil

Verlagsdirektor: Michael Meyer-Böhm  
Verantwortlich für Anzeigen: Reinhard Hofer  
Marketing und Vertrieb: Ronald Koppelt  
Zustellung und Logistik: Alexander Bachmann  
Zeitungsproduktion: Klaus Zellmer  
Chef vom Dienst: Bernd Scheibitz  
Für Anzeigen und Beilagen gelten die Geschäftsbedingungen der Preisliste Nr. 68 vom 11.2016. Für den Inhalt der Lokalteile sind die Lokalredaktionen und die lokalen Anzeigenleiter verantwortlich. Für unverlangte Manuskripte wird keine Gewähr übernommen. Falls durch Eintritt höherer Gewalt, bei Streik oder Ausspernung keine Zeitung geliefert werden kann, ist eine Entschädigung ausgeschlossen.

Abonnenten-Service: Telefon: 0751 / 29 555 555  
Telefax: 0751 / 29 555 556  
E-Mail: aboservice@schwaebische.de  
E-Mail: redaktion@schwaebische.de